



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Christoph Maier, Richard Graupner, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

### **Energiepolitische Geisterfahrt beenden – Ja zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Kernkraft!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Kernkraft als eine zentrale Säule der Energieversorgung Bayerns und befürwortet den Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernkraft.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- den Rückbau der bayerischen Kernkraftwerke unverzüglich zu stoppen.
- die zeitnahe Wiederinbetriebnahme der bayerischen Kernkraftwerke finanziell, administrativ, sicherheitstechnisch und politisch zu gewährleisten.
- sich auf Bundesebene für den Wiedereinstieg der Bundesrepublik Deutschland in die sichere, günstige und umweltfreundliche Kernkraft einzusetzen.
- den Bau und die Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke in Bayern finanziell, administrativ, sicherheitstechnisch und politisch zu unterstützen.
- Bayern wieder als ein führendes internationales Zentrum für die Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernspaltung zu etablieren.

### **Begründung:**

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 fordert die AfD die Kernkraft als zentrale Säule einer sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung. In den vergangenen Legislaturperioden brachte die AfD-Landtagsfraktion über 50 Anträge ein, um die Laufzeitverlängerung, die Verhinderung des Rückbaus und die Wiederinbetriebnahme bayerischer Kernkraftwerke (KKW) zu fordern sowie die heimische Nuklearforschung.

Eine Analyse der Norwegischen Universität für Wissenschaft und Technologie hat ergeben, dass der Kernausstieg die deutsche Wirtschaft bis 2022 über 600 Mrd. Euro gekostet hat. Laut Tech for Future wurden durch den Atomausstieg in Deutschland zusätzlich mehr als 1,3 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 2011 und 2035 produziert. Auf der UN-Klimakonferenz haben rund 20 Staaten den Ausbau der Atomkraft gefordert – darunter Frankreich, Japan und die USA. Frankreich plant den Ausbau der Kernkraft und investiert in die Entwicklung von Small Modular Reactors (SMRs). Finnland hat kürzlich den „Olkiluoto 3“-Reaktor in Betrieb genommen und plant weitere Ausbauten. Polen plant, bis 2033 sein erstes Atomkraftwerk in Betrieb zu nehmen, um die Abhängigkeit von Kohle zu verringern. Schweden hat angekündigt, bis 2050 insgesamt zwölf neue Reaktoren zu bauen. Rumänien und Großbritannien setzen ebenfalls auf den Ausbau der Kernkraft und die Entwicklung von SMRs. Die Niederlande planen den

Bau von zwei neuen Atomkraftwerken in der Provinz Zeeland und mehreren Mini-KKW in der Provinz Limburg.

Laut der Radiant Energy Group könnte der Wiedereinstieg in die Kernkraft in Deutschland die Strompreise in Deutschland und den umliegenden Ländern erheblich stabilisieren, da das Angebot die Nachfrage besser decken würde. Wirtschaftlich gesehen könnten etwa 5 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten erhalten bleiben, und die deutsche Industrie könnte von günstigeren Großhandelspreisen für Strom profitieren, was die Wettbewerbsfähigkeit steigern würde. Die Wiederinbetriebnahme von acht Reaktoren könnte jährlich über 85 TWh Strom erzeugen, was etwa 40 Prozent des gesamten industriellen Strombedarfs in Deutschland entspricht. Eine Wiederbelebung der deutschen Nukleartechnologieindustrie könnte erfolgen, da weltweit immer mehr Länder ihre Kernkraftkapazitäten ausbauen. Eine Umfrage von Civey im Juli 2023 zeigte, dass 67 Prozent der deutschen Bevölkerung die Nutzung der Kernenergie zur Erreichung der Klimaziele der EU unterstützen. Diese Effekte zeigen, dass der Wiedereinstieg in die Kernkraft nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und gesellschaftlich vorteilhaft ist.

Der Wiedereinstieg in die Kernkraft könnte die Strompreise um 30 bis 50 Prozent senken (EWI Köln). Mit Gestehungskosten von nur 3 Cent/kWh (Verlängerung) bis 5,3 Cent/kWh (neu) ist Kernkraft die günstigste Stromerzeugungsmethode in Deutschland. Gleichzeitig würde sie die teuren, CO<sub>2</sub>-bepreisten Gaskraftwerke aus dem Markt verdrängen.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) sowie das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) könnten den Rückbau des KKW Isar II noch stoppen. Laut einer Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian Köhler (AfD) wäre eine Wiederinbetriebnahme aus technischer Sicht aktuell noch möglich (Drs. 19/1795). Der Energieexperte Dr. Björn Peters bestätigte in der Anhörung vom 17. Mai 2024, dass die Reaktivierung nur 200 Mio. Euro kosten würde.

Im Falle einer Regierungsbeteiligung der CDU/CSU nach den Bundestagswahlen 2025 hätte eine Änderung des Atomgesetzes zur Wiederaufnahme der Kernkraft nur mit den Stimmen der AfD im Bundestag eine Mehrheit.